Niederschrift der 4. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 02.06.2020 – öffentlicher Teil

Datum: 02.06.2020

Zeit: 17:01 Uhr – 17:52 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Josef Menke	CDU	
Herr Thomas Neumann	CDU	Vertretung für Frau Magdalena Michalczyk
Herr Siegfried Schön	CDU	Vertretung für Herrn Dr. Hans-Otto Gerlach

SPD-Fraktion

Herr Olaf Theiß	SPD	Vorsitzender
-----------------	-----	--------------

AfD-Fraktion

Herr Mirko Koschel	AfD-Fraktion	
--------------------	--------------	--

Fraktion DIE LINKE

Herr Andreas Büttner	DIE LINKE	
Frau Anne-Frieda Reinke	DIE LINKE	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robert Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:13 Uhr
-----------------------	-----------------------	--------------

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jörg Kath	BLR	
----------------	-----	--

Fraktion BVB/Freie Wähler

Frau Christine Wernicke	BVB/Freie Wähler	
-------------------------	------------------	--

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	ab 17:12 Uhr
------------------	-----	--------------

Sachkundige Einwohner

Herr Ulrich Blumendeller
Herr Bernd Zimdars

Verwaltung

Frau Karina Dörk	Landrätin
Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Frank Czeslick	Hauptsachbearbeiter Beteiligungsmanage- ment
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin Amt für Finanzen
Frau Vera Leu	Amtsleiterin Personal- amt
Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rech- nungsprüfungsamt
Frau Jeannette Stockmann de Caro	Amtsleiterin Bildungs- amt
Herr Jan Sturmat	Jobcenter Ucker- mark/Sachbearbeiter Prüfung Widersprüche

Schriftführer

Herr Björn Franke Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:**CDU-Fraktion**

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	entschuldigt
Frau Magdalena Michalczyk	CDU	entschuldigt

SPD-Fraktion

Frau Kerstin Bischoff	SPD
-----------------------	-----

AfD-Fraktion

Herr Monty Gutzmann	AfD-Fraktion
---------------------	--------------

Sachkundige Einwohner

Herr Harald Grundke	entschuldigt
Herr Maik Haga	
Frau Melanie Winkler	

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Theiß begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Er stellt fest, dass neun Kreistagsabgeordnete anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Theiß teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Theiß teilt mit, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Tagesordnung (öffentlicher Teil) zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 03.03.2020 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
 - 6.1 Stand der Jahresabschlüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände im Landkreis Uckermark
AF/079/2020
Fraktion BVB/Freie Wähler
 - 6.2 Kulturförderung in der Uckermark
AF/119/2020
Herr Axel Krumrey
7. Anträge
8. Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2020
BR/080/2020
9. Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2017 - Beschluss
BV/109/2020
10. Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2017 - Entlastung
BV/108/2020

11. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2020 – Nachtrag hinsichtlich der Ausgleichshöhe auf Grundlage eines nunmehr bestätigt vorliegenden VBB-Index.
BV/106/2020
12. Änderungen zum Stellenplan 2020
BV/011/2020/1
13. Abberufung von 3 Mitarbeiterinnen als Prüfer im Rechnungsprüfungsamt
BV/092/2020
14. Änderung des Erbbaupachtvertrages mit der Medizinisch-Soziales Zentrum Uckermark gGmbH (MSZ) zum Grundstückskomplex des Krankenhauses Prenzlau und Übertragung einer Teilfläche an die Uckermärkische Entwicklungsgesellschaft mbH (UEG mbH)
BV/078/2020
15. Änderung des Erbbaurechtsvertrages mit der Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH zum Grundstückskomplex des Krankenhauses Templin und Übertragung einer Teilfläche an die Uckermärkische Entwicklungsgesellschaft mbH (UEG mbH).
BV/093/2020
16. Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kreismusikschule Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung KMS)
BV/091/2020
17. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (1. Änderungssatzung Entschädigungssatzung)
BV/043/2020/1
18. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 02.06.2020
09/2020

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 03.03.2020 - öffentlicher Teil

Herr Theiß stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 03.03.2020 – öffentlicher Teil – eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Theiß stellt fest, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Theiß teilt mit, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Theiß informiert, dass zwei Anfragen vorliegen.

zu TOP 6.1: Stand der Jahresabschlüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände im Landkreis Uckermark

Vorlage: AF/079/2020

Fraktion BVB/Freie Wähler

Herr Theiß teilt mit, dass eine Antwort auf die Anfrage vom 21.04.2020 vorliegt und diese der anfragenden Fraktion sowie allen Abgeordneten zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Theiß fragt Frau Wernicke, ob die Fraktion BVB/Freie Wähler die Antwort für ausreichend hält. Frau Wernicke teilt mit, dass die Antwort zur Kenntnis genommen wurde.

zu TOP 6.2: Kulturförderung in der Uckermark

Vorlage: AF/119/2020

Krumrey, Axel

Herr Theiß informiert, dass eine Antwort auf die Anfrage vom 26.05.2020 vorliegt und diese dem Anfragenden sowie allen weiteren Abgeordneten zur Kenntnis gegeben wurde. Da der Anfragende, Herr Axel Krumrey, zur heutigen Sitzung nicht anwesend ist, ist die Behandlung der Anfrage gemäß § 14 Abs. 4 S. 7 GeschO mit der schriftlichen Beantwortung abgeschlossen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Theiß teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2020

Vorlage: BR/080/2020

Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im I. Quartal 2020 werden zur Kenntnis genommen.

zu TOP 9: Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2017 - Beschluss

Vorlage: BV/109/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2017.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Jahresabschluss des Landkreises Uckermark für das Haushaltsjahr 2017 - Entlastung
Vorlage: BV/108/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag erteilt dem Landrat des Landkreises Uckermark entsprechend § 82 (4) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2020 – Nachtrag hinsichtlich der Ausgleichshöhe auf Grundlage eines nunmehr bestätigt vorliegenden VBB-Index.
Vorlage: BV/106/2020

Herr Neumann weist darauf hin, dass die Abkürzung „VBB“ an keiner Stelle in der Vorlage ausgeschrieben wird. Er schlägt vor, die Vorlage noch einmal diesbezüglich anzupassen.

Die Landrätin sagt eine Überarbeitung der Vorlage zu.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

*„Für das Jahr 2020 beschließt der Kreistag den Ausgleich für die Beförderungsangebote in Höhe von 6.587.876 Nutzwagenkilometer gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 10.342.965,32 € auf **10.738.237,88 €** zu erhöhen. Dies entspricht einer Erhöhung von 395.272,56 €.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Änderungen zum Stellenplan 2020
Vorlage: BV/011/2020/1

Frau Wernicke fragt nach den Gründen für die Höhergruppierungen.

Die Landrätin erläutert, dass sowohl bei Ausschreibung einer Stelle (neue Aufgabenübertragung und damit neue Stellenbewertung) als auch auf Antrag des Stelleninhabers eine Stellenbewertung erfolgt.

Frau Wernicke möchte erfahren, wann den Abgeordneten die überarbeitete Personalbedarfsplanung vorgestellt wird. Darüber hinaus fragt sie nach den Gründen für den Stellenzuwachs in der Verwaltung und nach den hiervon besonders betroffenen Bereichen.

(Herr Regler kommt um 17:12 Uhr.)

Die Landrätin erläutert, dass 25 der neuen Stellen für die Einarbeitung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen wurden, die nach der Einarbeitung andere Stellen übernehmen sollen. Des Weiteren wurden 11 Stellen für Schulsozialarbeiter und neun Stellen im Sozialamt aufgrund von Kreistagsbeschlüssen und neuen Gesetzlichkeiten geschaffen. Die Neufassung der Personalbedarfsplanung soll den Abgeordneten in der Sitzungsfolge im November und Dezember 2020 vorgelegt werden.

(Herr Schindler kommt um 17:13 Uhr.)

Frau Leu ergänzt, dass auch in den Verwaltungsbereichen, die mit der Digitalisierung beauftragt sind, eine Stellenaufstockung vorgenommen wurde.

Herr Büttner fragt, ob es Schwierigkeiten hinsichtlich der Personalgewinnung bei der externen Ausschreibung von Stellen gibt.

Frau Leu teilt mit, dass es zunehmend schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden, da der Fachkräftemangel auch die Verwaltung betrifft. Der Fokus soll zukünftig auf ein breiteres Angebot an Ausbildungs- und dualen Studiengängen bei der Kreisverwaltung gelegt werden.

Herr Regler fragt, ob für Auszubildende und duale Studenten nach Abschluss der Ausbildung bzw. des Studiums beim Landkreis eine Bindungsfrist existiert.

Frau Leu erläutert, dass der Landkreis Uckermark keine Bindungsklauseln in die Verträge mitaufnimmt. Aus der derzeitigen Rechtsprechung geht hervor, dass solche Klauseln unverhältnismäßig sind.

Herr Theiß übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Kath, der Herrn Theiß das Wort erteilt.

Herr Theiß bittet die Verwaltung um besondere Sorgfalt bei der Ausarbeitung der Personalbedarfsplanung, insbesondere mit Blick auf eventuell geringere Zuweisungen von Land und Bund für Personal als bisher.

Herr Kath übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Theiß.

Herr Blumendeller fragt, ob bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung eine Übersicht über die durch die Corona-Virus-Pandemie verursachten Einbußen an Erträgen des Landkreises erstellt werden kann.

Herr Brandenburg erläutert, dass die Höhe der künftigen Erträge derzeit noch nicht genau absehbar ist. Derzeit existiert ein Defizit von 20 Mio. Euro zwischen Aufwand und Ertrag bei den ersten Planungen des Haushaltes 2021. Es ist anzunehmen, dass sich dieses Defizit noch vergrößert. Nach gegenwärtigem Stand werden die Überschüsse aus den Vorjahren es dem Landkreis in den kommenden zwei bis drei Jahren, in denen die Corona-Virus-Krise möglicherweise noch bestehen bleibt, ermöglichen, seine Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen und eine vernünftige Haushaltswirtschaft durchzuführen.

Herr Büttner fragt nach Zahlen bezüglich der Solo-Selbständigen, die infolge der Corona-Virus-Pandemie Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen müssen.

Herr Brandenburg informiert, dass die Anzahl dieser Personen in den regelmäßigen Budgetauswertungen derzeit noch keine Rolle spielt. Sollten Aufwendungen entstehen, werden diese durch den Bund erstattet.

Die Landrätin sagt zu, dass den Abgeordneten bis zur Sitzung des Kreistages am 17.06.2020 eine entsprechende Übersicht zugehen wird.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„1.

Der Kreistag beschließt die Neubewertung folgender Stellen:

Lfd. Nr.	Amt	Stellenbezeichnung	Stellenanzahl (VZE)	Art	alt	neu
1	12	SGL Technische Dienste	1,0	Höhergruppierung	12	13
2	LR	IT-Sicherheitsbeauftragte/Webmaster	1,0	Höhergruppierung	9c	12
3	51	SB Jugendförderung/Jugendarbeit	1,0	Höhergruppierung	8	9a
4	51	Koordinator Kinderschutz/Qualitätsentwicklung	1,0	Höhergruppierung	S12	S15
5	32	SB Gewerbe- und Handwerksrecht	1,0	Höhergruppierung	9a	9b
6	68	SB Agrarantragsbearbeitung	1,0	Höhergruppierung	9a	9c
7	020	SB Beteiligungsmanagement	0,875	Höhergruppierung	10	11
8	51	TL Unterhaltsvorschuss	1,0	Höhergruppierung	9a	9c
9	51	SB Unterhaltsvorschuss	11,875	Höhergruppierung	9a	9b
10	51	SGL Wirtschaftl. Jugendhilfe/BEEG/HH/Systemkoordinator	1,0	Höhergruppierung	10	11
11	50	SB Wohngeld	2,0	Höhergruppierung	7	9a
12	52	SB Finanzcontrolling	1,0	Höhergruppierung	7	9a
13	30	SB Vergabe	1,0	Herabgruppierung	9c	9b
14	62	SB QL	1,0	Herabgruppierung	8	6
15	62	SB Benutzung	1,0	Herabgruppierung	9a	8
16	65	Ehrenamtskoordination	1,0	Herabgruppierung	10	9c
17	68	SB Gewässerschutz	1,0	Höhergruppierung	8	9c

2.

Zuführung von Stellenanteilen (1,25 VZE) in der Unteren Naturschutzbehörde im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stellenanteile zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Lfd. Nr.	Amt	Stellenbezeichnung	Stellenanzahl (VZE)	Bewertung
1	68	SB Genehmigungen/Biotopschutz	0,25	EG 9a
2	68	SB Verwaltung	1,0	EG 9a

3.

Zuführung von Stellenanteilen (2,13 VZE) in der Unteren Wasserbehörde im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stellenanteile zur Entgeltgruppe 10 und zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Lfd. Nr.	Amt	Stellenbezeichnung	Stellenanzahl (VZE)	Bewertung
1	68	SB Gewässeraufsicht	1,63	EG 10
2	68	SB Stammdatenerfassung	0,5	EG 6

“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 13: Abberufung von 3 Mitarbeiterinnen als Prüfer im Rechnungsprüfungsamt

Vorlage: BV/092/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt auf der Grundlage des § 101 Abs. 4 S. 1 i. V. m. § 131 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, Frau Beate Schauer, Frau Regina Mollenhauer sowie Frau Carola Leseberg als Prüferinnen im Rechnungsprüfungsamt abuberufen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 14: Änderung des Erbbaupachtvertrages mit der Medizinisch-Soziales Zentrum Uckermark gGmbH (MSZ) zum Grundstückskomplex des Krankenhauses Prenzlau und Übertragung einer Teilfläche an die Uckermärkische Entwicklungsgesellschaft mbH (UEG mbH)

Vorlage: BV/078/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreisausschuss beschließt die Änderung des bestehenden Erbbaurechtsvertrages mit der MSZ gGmbH durch Reduzierung der vertraglich gebundenen, noch abschließend zu vermessenden Fläche von insgesamt ca. 532 m² aus den Flurstücken 112, 110 und 107 der Flur 1 von Prenzlau. Im Nachgang der daraus resultierenden Übernahme der Fläche durch den Landkreis Uckermark erfolgt die Übertragung der Fläche an die UEG mbH zur Nutzung für den geplanten Erweiterungsbau der Ret-

tungswache Prenzlau. Hierbei sind nachfolgende Kriterien zwingend zu beachten und rechtswirksam festzuschreiben:

- 1. Die Einbringung der in Rede stehenden Grundstücksfläche erfolgt als Sacheinlage. Grundlage der danach erforderlichen Bilanzierung bildet der erfasste Sachwert des unbeweglichen Vermögenswertes.*
- 2. Mit der notariellen Übertragung erfolgt die dingliche Sicherung der Nutzung der Grundstücke für die betreffende Aufgabenerfüllung mittels Dienstbarkeitsbewilligung und Rückkaufassungsvormerkung.*
- 3. Sollte im Verlauf der Nutzungszeit der UEG mbH festgestellt werden, dass einzelne Grundstücksteile verzichtbar erscheinen, so greift die Regelung der Rückkaufassungsvormerkung. Das heißt, dass der Landkreis wieder Eigentümer der betreffenden Grundstücksteile wird, sie nach Prüfung auch entsprechend vermarkten kann und im Ergebnis der Vermarktung die Erlöse an den Landkreis Uckermark fließen.*

Die Verwaltung wird beauftragt, alles Erforderliche zur Übernahme und anschließenden Übertragung zu veranlassen, insbesondere die betreffenden Grundstücksübertragungsverträge abzuschließen und diesbezügliche Erklärungen abzugeben.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 15: Änderung des Erbbaurechtsvertrages mit der Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH zum Grundstückskomplex des Krankenhauses Templin und Übertragung einer Teilfläche an die Uckermärkische Entwicklungsgesellschaft mbH (UEG mbH).

Vorlage: BV/093/2020

Herr Zimdars teilt mit, dass ein Erbbaurechtsvertrag nur mit gegenseitigem Einvernehmen änderbar ist. Es ist der Vorlage nicht zu entnehmen, ob die Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH der Änderung zugestimmt hat.

Die Landrätin informiert, dass das Einvernehmen vorliegt.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreisausschuss beschließt die Änderung des bestehenden Erbbaurechtsvertrages mit der Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH durch Reduzierung der vertraglich gebundenen, noch abschließend zu vermessenen Fläche von insgesamt ca. 770 m² aus dem Flurstück 509 der Flur 41 von Templin. Im Nachgang der daraus resultierenden Übernahme der Fläche durch den Landkreis Uckermark erfolgt die Übertragung der Fläche an die UEG mbH zur Nutzung für den geplanten Erweiterungsbau der Rettungswache Templin. Hierbei sind nachfolgende Kriterien zwingend zu beachten und rechtswirksam festzuschreiben:

- 4. Die Einbringung der in Rede stehenden Grundstücksfläche erfolgt als Sacheinlage. Grundlage der danach erforderlichen Bilanzierung bildet der erfasste Sachwert des unbeweglichen Vermögenswertes.*

5. *Mit der notariellen Übertragung erfolgt die dringliche Sicherung der Nutzung des Grundstücks für die betreffende Aufgabenerfüllung mittels Dienstbarkeitsbewilligung und Rückauflassungsvormerkung.*
6. *Sollte im Verlauf der Nutzungszeit der UEG mbH festgestellt werden, dass einzelne Grundstücksteile verzichtbar erscheinen, so greift die Regelung der Rückauflassungsvormerkung. Das heißt, dass der Landkreis wieder Eigentümer des betreffenden Grundstücksteils wird, ihn nach Prüfung auch entsprechend vermarkten kann und im Ergebnis der Vermarktung die Erlöse an den Landkreis Uckermark fließen.*
7. *Die Verwaltung wird beauftragt, alles Erforderliche zur Übernahme und anschließenden Übertragung zu veranlassen, insbesondere die betreffenden Grundstücksübertragungsverträge abzuschließen und diesbezügliche Erklärungen abzugeben.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kreismusikschule Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung KMS)

Vorlage: BV/091/2020

Auf Anregung von Herrn Theiß sagt die Landrätin zu, der Vorlage in einer neuen Version eine Synopse zur besseren Nachvollziehbarkeit beizufügen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kreismusikschule Uckermark (Zweite Änderungssatzung der Gebührensatzung KMS).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (1. Änderungssatzung Entschädigungssatzung)

Vorlage: BV/043/2020/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (1. Änderungssatzung Entschädigungssatzung) gemäß Anlage 1.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

zu TOP 18: Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 02.06.2020
Vorlage: 09/2020

Herr Regler fragt, ob Verbände, die eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt beantragen, für diese Leistung bezahlen müssen.

Herr Meier informiert, dass diese Leistung regelmäßig gegen Entgelt erbracht wird.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen:

gez. Olaf Theiß
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer